

13. AUG. 1963  
TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

VIII/152

Bonn, den 7. August 1963

veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seiten</u>		<u>Zeilen</u>
2	Eine ernste Warnung ----- Gefahr für den Strassenbau Von Heinrich G. Ritzel, MdB	96
	Das NEIN des Franz-Josef Strauss ----- Ein Aufwertungsversuch der CSU	23
	Frau Schwarzhaupf ist deprimiert ----- Luft und Wasser sind verpestet	22
	Politische Beruhigung in Dänemark ----- Das wirtschaftliche Stabilisierungsprogramm der Regierung Krag hat sich bewährt Von unseren Korrespondenten in Kopenhagen, Adolph Basten	50
6	Der "schmutzige Krieg" in Angola ----- Dargestellt auf der Grundlage eines JNO-Berichts Von Egon Rehnert	82

WIE VIEL IST UNSER LUFESCHUTZ WERT ?

\*\*\*\*\*

Wenn Sie darüber Bescheid wissen wollen, beachten Sie bitte die Mittwochausgabe des SPD-PRESSEDIENSTES (14. August 1963). Wir veröffentlichen einen Beitrag unseres Mitarbeiters

Herbert Bernoitingner

"LUFESCHUTZ IM URTEIL DES LUKDESKRECHNUNGSHOFES"

-----

\*\*\*\*\*

Chefredakteur Günter Markscheffel

### Eine ernste Warnung

Gefahr für den Strassenbau  
Von Heinrich G. Ritzel, MdB

Seit Jahren kämpft die Sozialdemokratie im Bundestag für die restlose Bereitstellung des aus dem Kraftfahrverkehr fliessenden Ertrages der Mineralölsteuer für den Strassenbau. In heftigen Auseinandersetzungen und gegen grundsätzliche Bedenken, die einer Zweckbindung der Mineralölsteuer entgegengebracht werden, ist es der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion gelungen, diese Zweckbindung bis auf einen Sockelbetrag von 600 Millionen DM, der zur Finanzierung anderer Bundesausgaben verwendet wird, zu erreichen. Im Rechnungsjahr 1962 und neuerdings im laufenden Rechnungsjahr wurde durch das zum jeweiligen Haushaltsplan gehörige Gesetz in diese Zweckbindung eine Bresche geschlagen: das Spezialgesetz wurde - jeweils für die Dauer eines Haushaltsjahres - durch das Haushaltsgesetz dadurch eingeeignet, daß über den oben erwähnten Sockelbetrag erhebliche Summen dem Strassenbau weggenommen und dem allgemeinen Haushalt zugeführt wurden. Damit konnte der erste Vierjahresplan nicht restlos durchgeführt werden und sein Rückstand belastet den seit 1. Januar 1963 laufenden zweiten Vierjahresplan.

Die weitere Folge - von anderen drohenden Maßnahmen abgesehen - ist, daß der Finanzbedarf für den zweiten Vierjahresplan nicht mehr voll zur Verfügung steht. Hierzu kommt, daß die von den Gemeinden beachtlichsterweise erstrebten Bundesmittel zur Finanzierung des zweiten Verkehrsweges in den Gemeinden im Bundeshaushalt bei weitem keine Deckung finden.

Das ist die Situation von heute und zugleich der Ausgangspunkt für folgende Feststellungen:

- 1) Die Durchführung der Bundesplanung für Bundesstrassen und Bundesautobahnen ist in Frage gestellt.
- 2) Die Massierung des Strassenverkehrs nimmt von Tag zu Tag von Stunde zu Stunde zu.
- 3) Der Bestand an Kraftfahrzeugen vergrösserte sich in der Zeit von Mai 1962 bis Mai 1963, also innerhalb eines Jahres, um zehn v.H., die Zahl der auf den Strassen tödlich Verunglückten stieg in der gleichen Zeit um 3,8 v.H.
- 4) Der Anteil des Strassengüterverkehrs am Gesamtvolumen der Gütertransporte wächst nach den Berechnungen des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung in München innerhalb der nächsten zwölf Jahre von 5,4 Prozent auf 16,5 Prozent und weiter auf 17,5 Prozent bis 18,9 Prozent im Jahre 1975.
- 5) Der Haushaltsbedarf des Bundes wächst in allen anderen Ressorts und vor allem in dem der Verteidigung, in einem Maße, das erneut bei Fortsetzung der bisherigen Politik dazu führen kann, die Mittel für den Bundesstrassenbau zu kürzen.
- 6) Die Bereitstellung erheblicher Mittel für die kommunalen Verkehrsbedürfnisse ist unter diesen Umständen nicht zu erwarten.

Was soll und was kann geschehen?

Der Deutsche Städtetag schlägt die Erhebung einer Autobahngebühr vor und erhofft daraus die Finanzierung seiner dringenden Bedürfnisse. Der Vorsitzende des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestags, Dr. Paul Blaiss, ein hervorragender Sachkenner, warnt vor diesem Weg. Die Zentralarbeitsgemeinschaft des Straßenverkehrsgewerbes und der Bund der Steuerzahler nehmen gleichfalls eine ablehnende Haltung ein. In der Deutschen Presse findet man kaum einen Befürworter einer Autobahngebühr.

In der Tat bietet der Vorschlag des Deutschen Städtetages keinen Ausweg aus der Finanzmisere. Was auf den amerikanischen Autobahnen möglich ist, was selbst auf der italienischen Autobahnstrecke Neiland-Schweizer Grenzen möglich ist, ist auf deutschen Autobahnen undurchführbar. Die im Vergleich zu den amerikanischen Autobahnen viel häufigeren Ein- und Ausfahrten würden in der Bundesrepublik Deutschland zu einem Kontrollsystem zwingen, das schikenös und verkehrshindernd, im übrigen aber so kostspielig werden würde, daß der Ertrag einer Benutzungsgebühr auf den deutschen Autobahnen hierdurch weitgehend aufgezehrt würde.

Außerdem wäre die unvermeidbare Folge ein Ausweichen zahlreicher Lastkraftwagen und Personenzüge auf korrespondierende Bundes- und Landesstraßen und damit eine Verschiebung der heutigen und künftigen Verkehrssteuereinnahmen von den Autobahnen auf diese einem derartigen Verkehr erst recht nicht gewachsenen Straßen.

Und schlimmer noch: der Durchgangsverkehr in den deutschen Städten würde in einem Maße gesteigert, die jeden geordneten Straßenverkehr unmöglich machen und die heute vorhandenen Gefahren und Nachteile des Unermesslichen steigern würde!

\*Fließender Verkehr ist eine Voraussetzung für ein Gedeihen  
\*der Wirtschaft. Jede Stockung führt zu Zeitverlusten und da-  
\*mit zu Wirtschaftsschäden. Statt einer vorläufigen Regelung  
\*des Massenverkehrs zuzusteuern, tun wir seit Jahren das Ge-  
\*genteil: der Güterverkehr auf der Straße wächst von Jahr zu  
\*Jahr, der Anteil der Eisenbahnen am Transportaufkommen geht  
\*nach den Ermittlungen des Ifo-Instituts von 54,6 Prozent im  
\*Jahre 1960 auf 50,8 Prozent im Jahre 1965, auf 48,3 Prozent  
\* im Jahre 1970 und schließlich auf 47,3 Prozent im Jahre 1975 zurück.

Die Bundesbahn selbst steigert diesen Prozeß in einer immer un-  
\*erbittlicher werdenden Weise, indem sie immer stärker aus einer  
\*falsch verstandenen Rationalisierung heraus den Verkehr von der Schie-  
\*be auf die Straße verlagert. So vollendet sich langsam aber sicher  
\*ein Prozeß, der eines Tages zu einem wirklichen Chaos führen wird, ein  
\*Prozeß, den spätere Generationen verständnislos gegenüberstehen werden.

Der Bundesverteidigungsminister fordert für 1964 21,5 Milliarden  
\*DM oder 3,1 Milliarden mehr als 1963. Die materielle Sicherung des Ver-  
\*kehrs in der Bundesrepublik ist nicht weniger wichtig als die Sicherung  
\*der Verteidigungsaufwendungen. In der Durchsetzung der Gleichrangigkeit  
\*dieser Aufgaben liegt der Schlüssel für die notwendigen Finanzmaßnahmen  
\*in nächster Zeit!

+ + +

ZEITGESCHEHEN

Das NEIN des Franz-Josef Strauss

sp - Als wir dieser Tage mitteilten, der CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauss sei im Begriff, die Bundesregierung mit Hilfe eines CSU-Vetos gegen das Moskauer Atomteststopp-Abkommen unter Druck zu setzen und der CSU-Bundestagsabgeordnete Dr. Zimmermann habe mit seinem Rundfunkvortrag in der vergangenen Woche die der CSU angehörenden Bundesminister zu einem NEIN im Kabinett "vergasern" wollen, wurde diese Meldung mit einiger Skepsis aufgenommen. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß unsere Informationen richtig waren. Herr Strauss sagt NEIN und verlangt auch von den CSU-Bundesministern, daß sie im Kabinett Disziplin üben. Deshalb ist es nicht verwunderlich, wenn seit Montag dieser Woche in Bonn das Gerücht kursiert, die gewundenen Erklärungen des Bundespressechefs - das Kabinett hat zugestimmt, es wird aber erst später einen formalen Beschluß fassen - seien darauf zurückzuführen, daß Strauss immer noch die Absicht hat, die CSU-Bundesminister auf seine Linie festzulegen. Das dürfte auch der entscheidende Grund dafür sein, daß Herr Strauss am Mittwoch dieser Woche mit dem designierten Kanzlernachfolger Prof. Erhard am Tegernsee allein - also ohne die CDU - zu unterhalten wünscht. In München wird unter der Hand bei der CSU-Prominenz erzählt, Strauss wolle auch Herrn Erhard "festlegen"; er wisse sogar, wie man das mache ...

Frau Schwarzhaupt ist deprimiert

sp - Der Bundesgesundheitsminister Frau Schwarzhaupt ist eine charmante Dame. Zur Zeit bereist sie die von Industriegasen und -abgasen verpesteten Gebiete der Bundesrepublik und verkündet lebensdürstigen Fernsehreportern, sie sei von dem, was sie gerochen und erblickt habe, deprimiert. Das ist immerhin beachtlich, denn bereits vor mehreren Jahren hat die Stadt Oberhausen im Ruhrgebiet um nur ein Beispiel zu nennen - nach einer gründlichen Untersuchung der Luft und des Wassers einen dringenden Appell an alle zuständigen Stellen gerichtet, es müsse sofort etwas unternommen werden, wenn man nicht zulassen wolle, daß die Bevölkerung der verpesteten Gebiete schweren gesundheitlichen Schaden erleidet. Als Willy Brandt auf dem SPD-Parteitag in Hannover (1960) davon sprach, die Entpestung der Luft und des Wassers sei eine der großen, von der Bundesregierung nicht gelösten Gemeinschaftsaufgaben, wollte man diesen Ruf bagatelisieren. Ende April 1961 erklärte Willy Brandt bei der Erläuterung des sozialdemokratischen Regierungsprogramms:

"Erschreckende Untersuchungsergebnisse zeigen, daß im Zusammenhang mit der Verschmutzung von Luft und Wasser eine Zunahme von Leukämie, Krebs, Rachitis und Blutbildveränderungen, sogar schon bei Kindern, festzustellen ist."

1965 besucht Bundesgesundheitsminister Frau Schwarzhaupt die verpesteten Gebiete und zeigt sich deprimiert. Wir glauben ihr das gern. Hoffen aber, daß sie jetzt im Bundeskabinett mit mehr Nachdruck als bisher für die Entpestung von Luft und Wasser eintritt. Die Sozialdemokratie wird Frau Schwarzhaupt ihre Unterstützung nicht versagen.

## Politische Beruhigung in Dänemark

Von unserem Korrespondenten in Kopenhagen, Adolph Rasten

Während es bis vor kurzem so aussah, als müßte Dänemark sich auf politische Herbststürme einstellen, hat die Lage sich zunehmend weitgehend gehndert und zu einer erheblichen Stärkung der Position der sozialdemokratisch-liberalen Regierung geführt. Die Schlappe, die die Regierung in Zusammenhang mit der Volksabstimmung über vier Bodengesetze Ende Juni einstecken mußte, ist durch die Stabilisierung der Wirtschaft Anfang August fast völlig ausgewogen. Zur Überraschung der Oppositionsparteien ist es der Regierung gelungen, die gefürchteten Preisspirale einigermaßen zum Stillstand zu bringen. Damit sind auch vorläufig die mit den Preissteigerungen automatisch gekoppelter Lohnerhöhungen gestoppt. Die Oppositionsparteien - die Bauernpartei Venstre, die konservative Volkspartei und die "Unabhängigen" - haben auf diese Weise ihr Hauptargument gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung verloren, und Ministerpräsident Krag kann dem normalen Ablauf der Legislaturperiode, die Oktober 1964 zu Ende geht, mit Ruhe entgegensehen.

Zum ersten Male seit über zehn Jahren zeigte der Preisindex einen Rückgang, allerdings nur 0,7 Punkte, von 102 auf 101,3. Aber schon das genügte, um eine automatische Teuerungszulage von ungefähr 700 Millionen Kronen, die sonst ab Oktober dieses Jahres fällig gewesen wären, zu verhindern. Dazu kam noch, daß die Devisenlage sich im Laufe des ersten Halbjahres verbesserte. Die Regierung nimmt diese wirtschaftlichen Fortschritte für sich in Anspruch mit dem Hinweis auf die wirtschaftspolitische "Gesamtheitslösung", die vor wenigen Monaten gegen die Stimmen der Oppositionsparteien durchgeführt wurde. Ausschlaggebend für die Preiseindämmung sind die Kartoffelpreise gewesen. Dänische Sommerkartoffeln sind teuer. Um die Sommersaison etwas zu verschieben, hat die Regierung die Einfuhr von italienischen Kartoffeln um vierzehn Tage verlängert, damit die dänischen Kartoffelproduzenten sich der billigeren ausländischen Preise anpassen mußten.

Nun zeigen die positiven Reaktionen der Kopenhagener Börse, daß die dänische Wirtschaft die Preisstabilisierung nicht nur als "Kartoffelmanöver" auffaßt, sondern daß sie mit einer echten und dauernden Stabilisierungsentwicklung rechnet. Die Industrie sieht neue Hoffnungen für eine Verbesserung der Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Allgemein wird mit einer Senkung des Diskontsatzes demnächst gerechnet, der einer der teuersten in der Welt ist.

So ist es gekommen, daß die politische Lage, die nach der Volksabstimmung, die mit überwältigender Mehrheit die Bodengesetze ablehnte, sich zugunsten der Regierung gehndert hat. Indem Ministerpräsident Krag sich bereit erklärt hat, mit der Opposition über eine Änderung der Bodengesetze zu verhandeln, wenn das Folketing im Oktober wieder zusammentritt, ist mit Neuwahlen im Herbst dieses Jahres nicht mehr zu rechnen. Die Oppositionsparteien, vor allem die Bauernpartei, hat die Lust auf Wahlkampf verloren. Die Wirtschaftskrise, die die Oppositionsparteien als Folge der Gesamtheitslösung voraussagten, ist ausgeblieben, und statt dessen ist eine Preis- und Lohnstabilisierung eingetreten, die für das ganze Land von entscheidender Bedeutung ist. Auch das Verhältnis zwischen den beiden Koalitionsparteien - Sozialdemokraten und Radikalliberalen - hat sich dadurch stabilisiert. Falls keine Überraschungen eintreten, kann Dänemark mit einer ruhigen politischen Entwicklung rechnen.

## Der "schmutzige Krieg" in Angola

Dargestellt auf der Grundlage eines UNO-Berichts  
Von Egon Rehnert

Der Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen prangerte in einer jetzt gefaßten Resolution erneut Portugal an, "Frieden und Sicherheit in Afrika zu stören". Die Kolonialmacht Portugal ist somit aufgefordert, sich aus ihren Besitzungen Angola, Mozambique und Guinea zurückzuziehen, und die Mitglieder des UN-Sicherheitsrates sind im Rahmen dieser Resolution ersucht, Portugal keine Waffen zu liefern, die für die Unterdrückung der Freiheitskämpfer in Angola und Guinea verwendet werden können.

### Es geht auch hier um Selbstbestimmung

Der Fall "Portugal - Afrika" beschäftigt den Weltsicherheitsrat seit mehr als zwei Jahren. Liberias Repräsentant bei den Vereinten Nationen wandte sich am 15. Februar 1961 in einem offenen Brief an den Weltsicherheitsrat. Er forderte unter Bezugnahme auf die in der UNO-Charta verheißenen Menschenrechte eine Untersuchung sowie eine Aktion der UNO in Angola. In der "Übersee-Provinz" Angola - Portugal deklariert seine Kolonien als integralen Teil des europäischen Mutterlandes - war der "schmutzige Krieg" ausgebrochen. Angolaner kämpften mit der Waffe in der Hand um das Recht der Selbstbestimmung. Während dieses ersten heftigen Aufbruchs in der ältesten Kolonie Portugals wurden in wenigen Wochen wahrscheinlich mehr Menschen getötet als während der langandauernden Kongo-Krise.

Nach mehreren erregten Sitzungen des Weltsicherheitsrates über diesen Fall beauftragte schließlich die UNO-General-Versammlung am 30. April 1961 einen Unterausschuß mit der Berichterstattung über die "Situation in Angola". Als am 13. November 1961 dieser Bericht vorlag, schloß zunächst niemand recht an die Enthüllungen glauben. Der von den Portugiesen als ein "Aufbruch" abgetane Freiheitskrieg der Angolaner habe ein unverstellbares Maß an Grausamkeit erreicht.

### "Dörfer dem Erdboden gleichgemacht"

Seit dem Ausbruch dieses "schmutzigen Krieges" am 4. Februar 1961 herrscht insbesondere in der Nord-Region Angolas der Terror. Dem UNO-Bericht zufolge wurden Dörfer dem Erdboden gleichgemacht, Frauen und Kinder gemordet und friedliche Menschen in aufwühlender Raserei auf beiden Seiten sinnlos abgeschlachtet. Von Februar bis Anfang Juni 1961 sind nach portugiesischen Schätzungen rund tausend Europäer und zehntausend Afrikaner getötet worden. Inoffiziell wurde wiederholt die Zahl von 30.000 genannt. Dagegen betont der UNO-Unterausschuß, daß wahrscheinlich sogar diese Zahl noch zu niedrig gegriffen sei.

### Mehr als 130.000 Flüchtlinge

Doch nicht genug dieses Massakers: Ganze Landstriche wurden entvölkert. Entweder wurden die Eingeborenen evakuiert oder sie ergriffen

die Flucht. Die Liga der Rot-Kreuz-Gesellschaft in Leopoldville, Kongo, berichtete dem UNO-Unterausschuß, daß sie vom 20. April bis zum 15. Juli 1961 insgesamt 120.700 Flüchtlinge aus Angola registriert habe. Die Zahl der Flüchtlinge sei dann bis zum 1. September 1961 auf 131.000 an-  
gestiegen, wobei die sehr große Zahl der Flüchtlinge, die bei Verwand-  
ten Unterkunft gefunden oder im Busch Zuflucht gesucht habe, gar nicht  
abgeschätzt werden könne.

Während Portugal vom "Aufruhr kommunistischer Elemente" spricht, erklärt der UNO-Bericht den offenen Widerstand der Angolaner gegen die Herrschaft der Portugiesen eindeutig als Ausdruck des afrikanischen Nationalismus und Strebens nach Selbstbestimmung. Die Spannung zwischen Kolonialherren und der eingeborenen Bevölkerung wuchs erheblich an, als Luanda, Leopoldville, seine Unabhängigkeit erlangte. Die Angolaner haben sich nicht zuletzt wegen der Gesetz-Unfähigkeit Portugals erhoben, sondern auch wegen der Mißachtung der unzureichenden Gesetze, wie der UNO-Unterausschuß berichtet.

#### Portugal hat versagt

Die Kolonial-Politik der Portugiesen, dh. die Politik der Assimilation war mehr oder weniger eine Farce. Die Voraussetzung zur Assimilation des Angolaners war die Beherrschung des Portugiesischen in Wort und Schrift sowie ein der weißen Bevölkerung angemessener Lebensstandard. Der UNO-Unterausschuß urteilt über diese Politik mit bitteren Worten:

- \* "Nur die Assimilation schaffte die Voraussetzung für eine
- \* Schulbildung, aber die Schulbildung war die Voraussetzung
- \* für die Assimilation".

So ist es in der Tat nur wenigen Angolanern gelungen, diese Voraussetzungen zu erlangen, denn nach Angaben der UNESCO gibt es in Angola 98 Prozent Analphabeten.

Aber gerade diese zwei Prozent gebildeter Angolaner empfand es besonders schmerzlich, durch diese Kolonial-Politik der Portugiesen zwischen der weißen und schwarzen Bevölkerung Angolas zu stehen. Die Elite der Angolaner konnte sich des Eindruckes nicht erwehren, vor den Portugiesen wie Fremde in ihrem eigenen Lande behandelt zu werden. Sie fanden erst ihren Platz an der Seite Afrikas, als der zweitgrößte Kontinent vom Revolutionssturm geschüttelt wurde. Ihre Forderung nach Selbstbestimmung und Unabhängigkeit wurde von den Portugiesen mit Gewalt beantwortet. Daraufhin mußte diese ihres Landes bewußte Elite, die durchaus einer friedlichen Verhandlung über das Kolonial-Problem geneigt war, entweder in Untergrundbewegungen untertauchen oder in das Exil gehen. Aus dem 1961 wild ausgebrochenen Aufstand haben sie mittlerweile einen taktisch klug geführten Busch-Krieg gegen Portugal gemacht.

\* \* \*

Dem UNO-Bericht zufolge könnte eine friedliche Lösung des Konflikts durch strikte Reformen herbeigeführt werden. Aber statt den Reform-Bestrebungen von General-Gouverneur Deslandes nachzugeben, hat Lissabon seinerzeit die portugiesischen Streitkräfte in Angola auf 40.000 Mann erhöht. Der Diktatur-Professor Salazar hält so wenig von Reformen in Angola wie von jenen im Mutterland Portugal selbst. Es bleibt also bei Busch-Krieg und Ausbeutung. Der schmutzige Krieg hat noch lange kein Ende.

+ + +